

20 Jahre Drogendiskussion und kein bisschen weise

1979 veröffentlichte *forum* sein erstes Drogendossier (Nr. 34). Der jüngste Beitrag zur Debatte stand in Nr. 202/2000. In Nummer 168/1996 berichteten wir von der anstehenden Reform der Drogengesetzgebung aus dem Jahr 1973. Einleitend schrieben wir: „Nach jahrelangen Vorarbeiten und 18 Sitzungen hat die Spezialkommission der Abgeordnetenversammlung unter dem Vorsitz des CSV-Deputierten Willy Bourg am 19. März 1996 ihren Bericht zur Reform der Drogengesetzgebung vorgelegt. Der Bericht ist von einer erstaunlich offenen Geisteshaltung in bezug auf den Drogenkonsum gekennzeichnet ...“ Doch die von uns vorhergesagte Kampagne gegen die Liberalisierung des Gesetzes wurde schon am 2.5.1996 von Viviane Reding namens des rechten Flügels der CSV in einem LW-Leitartikel eröffnet. Und mit der tatkräftigen Hilfe des neuen, pseudo-jungen Justizministers Luc Frieden sollten diese Kräfte die Oberhand gewinnen. Sie verzögerten nicht nur die Annahme der Reform bis heute, sondern verwässerten das Gesetzesvorhaben auch derart, dass die Autoren von 1996 den morgen der Abgeordnetenversammlung zur Abstimmung vorgelegten Text nicht mehr wiedererkennen.

Nur die längst geübte Praxis der Justizbehörden und Sozialarbeiter wird jetzt legalisiert: Cannabiskonsumanten erhalten nur noch eine Geldstrafe und keine Freiheitsstrafe mehr. Sterile Spritzen dürfen in Zukunft legal an Fixer abgegeben werden. Von einem Umdenken in der Drogenpolitik kann aber keine Rede sein. Und das obschon 1996 das Parlament mehrheitlich für eine Motion zugunsten der Liberalisierung des Cannabiskonsums im Rahmen des Benelux gestimmt hatte. Und obschon immer mehr europäische Staaten (Nie-

derland, Spanien, Italien, Deutschland, Schweiz, demnächst Belgien) auf den Weg der Entpenalisierung des Haschischkonsums gehen, weil er nicht abhängig macht und erwiesenermaßen weniger gefährlich ist als Alkohol oder Nikotin, ja sogar therapeutische Wirkungen haben kann, wie selbst Gesundheitsminister Carlo Wagner jüngst eingestehen musste.



Die Kollegen von *worxx* haben angesichts dieses Rückschritts Unterschriften gesammelt, mit mäßigem Erfolg. Die betroffenen Kreise wissen, dass ein Gesetz, das bei Cannabiskonsum immer noch auf Strafen setzt, ohnehin nicht durchführbar ist. Und genau darin liegt aber die vom Justizminister und seinen gleichgesinnten Freunden in CSV und DP völlig missachtete Gefahr für den Rechtsstaat, den ein Gesetz mit sich bringt, das an der gesellschaftlichen Realität vorbeigeht: Die eher jugendlichen Konsumenten lernen sehr schnell, solche Gesetze als Makulatur zu verstehen! Ein derartiges Verständnis wird dann leicht auf andere Bereiche übertragen, und sei es nur auf den Straßenverkehr. Das soll nicht heißen, dass das Recht an jede modische Strömung angepasst werden soll, doch wo gesetzliche Bestimmungen moralisch und sachlich nicht zu rechtfertigen sind und selbst von den Gerichten nicht durchgesetzt werden können, muss der Gesetzgeber sie

reformieren, soll der Rechtsstaat als solcher nicht in Frage gestellt werden.

Schon 1996 fragten wir, „ob eine Erziehung zum kontrollierten, aber ungewollteren Umgang mit Drogen möglich ist, solange Drogen ihren illegalen Charakter und den Reiz des Verbotenen behalten.“ Mit der Droge Alkohol kommen die meisten Bürger Europas zurecht (auch wenn die Zahl der Bierleichen an jedem Wochenende auch in Luxemburg um ein vielfaches höher ist als die Zahl der von einem Joint benebelten Kiffer). Alkohol, nicht Haschisch ist die Einstiegsdroge Nummer 1. Doch welcher Abgeordnete, welcher Minister verzichtet freiwillig auf seinen Ehrenwein, auf seine Zigarette? Der Umgang mit Drogen ist also zu lernen, nach dem Motto: Lust statt Sucht. Wer aber alle Drogen unterschiedslos verteufelt, wird von den oft viel besser informierten Jugendlichen nicht ernst genommen. Eine derartige Präventionspolitik ist chancenlos, ja kriminell, weil sie die wirklich gefährlichen Drogen (Heroin, Kokain, Alkohol!) auf eine Ebene mit den harmloseren setzt. Von der Beschaffungskriminalität, auch für Cannabis, gar nicht zu reden.

Die Grünen haben eine realistische Gesetzesinitiative zur Legalisierung des Cannabiskonsums eingebracht. Der Vorschlag unterschlägt nicht die potenziellen Gefahren einer Liberalisierung (Profite durch privaten Cannabishandel, Drogentourismus, Ausgabe an Minderjährige u. a.) und sieht Gegenmaßnahmen vor. Im Parlament wird sich zeigen, ob konservative Utopisten ihre längst gescheiterte Repressionspolitik fortsetzen dürfen oder ob realistische Präventionisten die Luxemburger Drogenpolitik neu orientieren können.